

Vortrag

## **„Wachsende Ungleichheit“**

von Landespastor Dirk Ahrens

am 4. Mai 2017 im Ökumenischen Forum HafenCity

Sehr geehrte Damen und Herren,

kurz vor Jesu Verhaftung und Hinrichtung taucht eine unbekannte Frau auf und übergießt Jesus mit einem Fläschchen teuren Salböls. Die Jünger empören sich über die Vergeudung. Ganz rational effiziente Zeitgenossen rechnen sie schnell aus, wieviel Geld man dafür hätte an die Armen geben können. Jesus widerspricht: Arme habt ihr allezeit, mich aber nicht. Diese Frau hat ein Werk der Liebe an mir getan.

Arme habt ihr allezeit! Diese Aussage geht mir nach, weil Jesus offensichtlich davon ausgeht, dass man Armut nicht grundsätzlich besiegen kann. Unsere bisherige Geschichte scheint das zu belegen. Arme wird es immer geben und relativ Arme schon sowieso. Wir messen ja einen relativen Armutsbegriff. Wer weniger als 60% des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung hat gilt in Deutschland als arm. Dieser Armutsbegriff ist zu Unrecht umstritten. Denn Armut lässt sich nur in Relation definieren. Es geht um die Anerkennung der sehr unterschiedlichen- und für von Armut betroffene Menschen sehr unterdurchschnittlichen Möglichkeiten sein Leben zu gestalten. Wer weniger als 60% der Durchschnittsbevölkerung hat muss nicht hungern, ist deshalb noch lange nicht wohnungslos, hat aber sehr wohl empfindlich weniger Möglichkeiten am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen als jene die mehr haben. Das merkt man: an der

Kleidung, den Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung, den Bildungschancen und an der Wohnung, vor allem auch am Wohnviertel.

Der Skandal ist nicht, dass es Menschen gibt, denen es so geht. Viele von uns haben solche Lebensphasen auf Zeit erlebt. Ich denke an meine extrem sparsamen Studentenzeiten, in denen ich nach Zahlung der Miete noch 10,- bis 20,- DM die Woche zur Verfügung hatte. Meine Mutter erzählt solche Erfahrungen aus der Nachkriegszeit: Mit ganz wenig irgendwie durchkommen. Aber damals waren ja die meisten arm. Also auf Zeit und für ein höheres Ziel, oder wenn alle um einen herum sich gerade so durchschlagen können, ist Armut hart aber zu ertragen. Darum geht es heute aber nicht.

Heute geht es um den Skandal, dass sich die Einkommens- und Vermögensverhältnisse in Deutschland seit Mitte der 80er Jahre kontinuierlich auseinanderentwickeln: Die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer. Mittlerweile geht das bei uns fast so stark auseinander wie in den USA. Noch 1985 lag die Ungleichheit in Deutschland unterhalb des OECD Durchschnitts. Heute sind wir gleich nach den USA einsame Spitze. Das ist auf den ersten Blick gar nicht zu sehen, denn wir haben zwar eine Einkommens- und Vermögensspreizung wie in den USA, das bedeutet, dass die sogenannten Markteinkommen extrem auseinandergehen, dann aber beginnt der deutsche Staat im Gegensatz zu den USA mit einer Umverteilung über Steuern und Transferzahlungen und erzeugt damit ein verfügbares mittleres Einkommen, das im OECD Vergleich relativ gut aussieht. Grundsätzlich kann man ein solches staatliches Handeln gut - ja dringend notwendig - finden. Allerdings bedeutet das, dass zurzeit ca. 40% unserer Bevölkerung in starker staatlicher Abhängigkeit leben. Damit sind bei weitem nicht nur Hartz IV Empfänger gemeint, sondern

alle die dank staatlicher Zuwendungen, z.B. Kindergeld, ein annähernd mittleres Einkommen erreichen. Besser wäre es natürlich, dass diese große staatliche Umverteilung gar nicht nötig wäre und Einkommen von vornherein gerechter verteilt wären. Zudem ja zu merken ist, dass der Staat gegen die wachsende Ungleichheit zunehmend nicht mehr ankommt. Ein Grund ist sicherlich, dass zu viel Geld innerhalb der mittleren Einkommen verteilt wird und zu wenig bei den tatsächlich bedürftigeren Bevölkerungsgruppen ankommt. Insgesamt ist das Umverteilungsgeschehen mittlerweile aber wohl vor allem unübersichtlich und ineffizient. Aber noch sorgt es dafür, dass auch relativ ärmere Einkommensgruppen selbst in einer teuren Großstadt wie Hamburg einigermaßen über die Runden kommen.

Was allerdings nicht gelingt, ist Vermögen aufzubauen. In meiner Kindheit galt das alte bundesrepublikanische Versprechen: lerne fleißig, mache einen anständigen Beruf – und damit waren durchaus auch Handwerksberufe gemeint – und spare, dann kannst Du Dir irgendwann ein kleines Häuschen leisten und bekommst zum Schluss eine anständige Rente. Darüber können heutige junge Leute nur noch lachen. Und den älteren bleibt häufig das Lachen im Halse stecken: das ganze Leben immer gearbeitet, nie gefehlt, nie arbeitslos gewesen und nun: nichts erarbeitet und es droht eine lausige Rente. Verwundert es, dass sich nicht wenige Menschen der heute 55 bis 65 jährigen mit Blick auf ihre wirtschaftliche Lebensleistung und ihre Altersbezüge betrogen fühlen? Viele von ihnen gehören zu den wütenden alten weißen Männern von denen heute so oft gesprochen wird. Didier Eribon beschreibt in seinem Buch „Rückkehr nach Reims“ sein Erstaunen darüber, dass seine Familie, aus dem Arbeitermilieu stammend, die früher eigentlich immer sozialistisch gewählt hat heute fast

komplett zum Front National übergelaufen ist. Was in Frankreich gilt, gilt auch in Deutschland: die SPD redet nicht gerne darüber, aber ein Großteil der AfD Wähler stammt eigentlich aus alten SPD Wählergruppen. Irgendwann still und heimlich hat man ihnen das große sozialdemokratische Versprechen der Nachkriegszeit vom Fleiß der sich lohnt usw. gekündigt. Ein gesellschaftliches Narrativ das prägend für uns war, hat seine Bedeutung verloren und es ist niemals jemand ans Mikro getreten und hat das verkündet. Nun ist die Wut groß, weil der Scheck auf dem man sein Leben aufgebaut hat sich als nicht gedeckt erweist.

Tatsächlich hatte die untere Hälfte der deutschen Einkommensbezieher keine Chance Vermögen aufzubauen: Die schwache Lohn- und Einkommensentwicklung der letzten 15 Jahre hat dazu geführt, dass die Reallöhne für die untere Hälfte der Bevölkerung gesunken sind. Viele prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Teilzeitstellen und befristete Anstellungen leisten vor allem seit Einführung der Agenda 2010 ihren negativen Beitrag. Und Sparen ist bei der Zinsentwicklung der letzten Jahre ohnehin ein Verlustgeschäft gewesen. Der durchschnittliche deutsche Haushalt verfügt über ein Nettovermögen von ca. 50.000,-€. Das klingt nicht schlecht, aber der durchschnittliche belgische Haushalt verfügt über 206.000,-€, der spanische immerhin über 183.000,-€ und der griechische über 105.000,-€. Der durchschnittliche europäische Haushalt verfügt über ein Nettovermögen von 110.000,-€. Wir Deutschen sind also weit abgeschlagen und schon sowieso jene unter uns, die zu den unteren Einkommensgruppen gehören. Die ärmere Hälfte der deutschen Einkommensbezieher verfügt nämlich praktisch über überhaupt kein Vermögen. Durch staatliche Umverteilung sind die verfügbaren Einkommen – wie gesagt – ganz gut, und decken

im Wesentlichen die Ausgaben für das tägliche Leben. Aber Vermögen ist wichtig – für das Selbstwertgefühl: ich habe mir etwas erarbeitet! – aber auch um Vorsorge treiben zu können, das Alter abzusichern, in die Bildung der Kinder investieren zu können, um Familienmitgliedern in Not zu helfen und um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Und ich wage die These, dass der Bürger der sich Vermögen erarbeitet hat – auch wenn es klein ist – und damit über eine gewisse mindestens gefühlte Unabhängigkeit verfügt, größere Chancen hat ein selbstbewusster Demokrat zu sein als jener der sich in ständiger Abhängigkeit von staatlicher Umverteilung erlebt. Artikel 2 des Grundgesetzes sichert das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Es ist sicher nicht falsch zu sagen, dass die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen mit einer erheblichen Einschränkung dieser persönlichen Freiheit einhergeht. Erst recht ist das der Fall bei Hartz IV Empfängern. Möglicherweise erklärt die große Zahl von Transferempfängern das merkwürdige Phänomen, dass so viele Menschen in unserem Land mit Freiheit als Wert erschreckend wenig anfangen können und ihnen eine offene Gesellschaft relativ wenig bedeutet.

Die andere Hälfte der Gesellschaft hat dagegen ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse in den letzten Jahren mehrheitlich verbessern können. Ein großer Teil der Wohlhabenden hat dabei sein Vermögen nicht selbst erarbeitet. Erbschaften und Schenkungen sind für den Vermögensaufbau der Wohlhabenden von großer Bedeutung. Das Vermögen der oberen deutschen 10% ist so hoch angewachsen, wie in keinem anderen europäischen Land. Ich vermute: in dieser bessergestellten Hälfte der Gesellschaft finden sich deutlich mehr Verfechter einer offenen freiheitlichen Gesellschaft.

Das eigentliche Problem entsteht allerdings dadurch, dass unsere gesellschaftlichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse wie einbetoniert scheinen. Wie gesagt: relative Armut auf Zeit ist erträglich in einem Land mit echten Entwicklungs- und Aufstiegschancen. Noch in den 90er Jahren konnte sich die Hälfte aller jener, die unterhalb der relativen Armutsgrenze gerutscht waren, innerhalb weniger Jahre wieder aus dieser Misere herausarbeiten. Heute schaffen das weniger als 25%. Arme Eltern wohnen in armen Vierteln und bekommen arme Kinder mit geringeren Bildungschancen. Das lässt sich in Hamburg gut beobachten. Die Stadtentwicklungsbehörde hat vorgestern ihre „Karte der sozialen Ungleichheit“ vorgelegt. Demnach nahm die soziale Spaltung zwischen wohlhabenden und einkommensschwachen Quartieren in den letzten Jahren zwar nicht weiter zu. Allerdings holten die „statusniedrigen“ Viertel auch nicht auf. In einer Gesellschaft in der die persönlichen Freiheiten offiziell so hoch geschätzt werden wie bei uns, müsste die soziale Mobilität eigentlich viel größer sein.

Wie kann man Abhilfe schaffen? Natürlich vor allem durch höhere Einkommen gerade für jene im unteren Einkommensdrittel. Der Mindestlohn ist ein wichtiger Schritt. Die Höhe reicht aber vermutlich bei weitem nicht aus. Darüber hinaus muss die Zahl der unbefristeten Vollzeitbeschäftigungen dringend zunehmen. Sollte sich die momentan ausgesprochen positive Entwicklung am Arbeitsmarkt fortsetzen, hoffe ich dass wir bald positive Effekte in der Einkommenssituation auch im unteren Drittel ablesen können. Positive Vermögenseffekte die wir dringend gesamtgesellschaftlich benötigen werden nur langfristig zu erzielen sein. Sie haben vielleicht bemerkt, dass ich noch gar nicht über Gerechtigkeit gesprochen habe. Jetzt tue ich es: Diese Gesellschaft hat darauf zu achten, dass auch

die unteren Einkommensgruppen  
mindestens im gleichen Prozentsatz am wirtschaftlichen  
Wachstum teilhaben wie die hohen Einkommensgruppen. Das  
ist gerecht und das ist in unser aller Interesse!

Zentral ist darüber hinaus die Erkenntnis, dass Wohnen für die  
relativ Armen im Vergleich zu teuer ist: Während das  
einkommensreichste Drittel der Hamburger Bevölkerung nur 17%  
ihres verfügbaren Einkommens für Mieten ausgeben muss,  
beträgt die Belastung für das untere Drittel immerhin 45% des  
Einkommens. Wir benötigen dringend bezahlbaren Wohnraum  
für den das untere Drittel nicht mehr als maximal 30% seines  
Einkommens aufwenden muss. Davon sind wir trotz großer  
Bautätigkeit in Hamburg, wie man an den Zahlen sehen kann,  
weit entfernt. Die Kosten für Wohnen fressen die Mittel auf, die  
von den Familien zum Beispiel für Bildung und gesellschaftliche  
Teilhabe aber auch für den Aufbau von Vermögen benötigt  
werden.

Entlastung könnte auch über eine Senkung der Mobilitätskosten  
geschaffen werden. Ein kostenfreies Sozialticket für den HVV  
für Menschen unterhalb der relativen Armutsgrenze hätte  
mindestens positive soziale und ökologische Folgen.  
Möglicherweise profitierten aber auch zusätzlich Arbeitsmarkt  
und Wirtschaft von der erhöhten Mobilität vieler Menschen.  
Gut ist, dass Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren freien  
Eintritt in geförderte Hamburger Museen haben. Das könnte  
stärker kommuniziert und genutzt werden. Zur Erhöhung der  
gesellschaftlichen Teilhabe unterer Einkommensgruppen wäre  
aber auch darüber nachzudenken, ein kostenfreies Sozialticket  
für den HVV gleich mit dem kostenfreien Eintritt in Museen usw.  
zu verknüpfen oder grundsätzlich kostenfreie Eintrittstage für  
alle einzuführen.



Aber vor allem dürften die Chancen der Kinder nicht von den Chancen der Eltern abhängen. Die OECD Bildungsuntersuchungen der letzten Jahrzehnte bescheinigen Deutschland allerdings genau das: kaum irgendwo wird es Kindern so schwer gemacht einen Aufstieg aus den sozialen Verhältnissen des Elternhauses zu schaffen. Und das in dem Land, in dem Dank Willy Brandts Bildungsoffensive Millionen Akademiker einst den Aufstieg aus Arbeiterhaushalten geschafft haben. Eine solche Bildungs- und Aufstiegsoffensive benötigen wir heute wieder. Die Chancen der Kinder gerade in den ärmeren Vierteln müssen unbedingt verbessert werden. Hier braucht es die besten Schulen und die engagiertesten Lehrer. Mit der gebührenfreien KITA und dem Ausbau der Ganztagsbeschulung ist in Hamburg ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung gemacht worden. Dabei darf es aber nicht bleiben. Wir benötigen nun auch eine Qualitätsoffensive.

Damit wir hier vorankommen braucht es die Solidarität der Wohlhabenden in den besseren Vierteln. Es braucht ein aktives Einsehen, dass ein Euro der nicht in das schicke Gymnasium vor Ort gesteckt wird um das ohnehin reichhaltige Bildungsangebot zu stärken sondern in eine Stadtteilschule z.B. in Jenfeld, ein für unsere Demokratie und unsere offene Gesellschaft gut investiertes Geld ist. Denn in Hamburg tobt ein Verteilungskampf, der wesentlich über Bürgerinitiativen geführt wird. Immer dort wo sich die Politik um eine gerechtere Verteilung der Lasten bemüht – wir haben das gerade wieder bei der Unterbringung von Flüchtlingen erlebt, kennen das aber auch aus der Bildungs- und Schuldiskussion und schon sowieso bei der Errichtung sozialen Wohnungsbaus – bilden sich in den wohlhabenderen Vierteln ganz schnell Bürgerinitiativen mit hoher politischer und auch juristischer Kompetenz. Verstehen Sie mich recht: Die engagierten



Bürgerinnen und Bürger nehmen nur ihre Rechte wahr und wollen vermutlich gar keine Lasten auf andere abwälzen, aber de facto geschieht genau das. Wenn dieser Verteilungskampf nicht durch besseres Einsehen beigelegt wird, dann bin ich pessimistisch was die Zukunft unserer Gesellschaft betrifft, denn die Menschen in den ärmeren Vierteln entfalten weniger politische Wirkmächtigkeit, haben weniger Kampagnenknowhow und müssen deshalb häufig immer noch zusätzliche Lasten übernehmen statt Entlastung, Stärkung und Erhöhung der Chancengerechtigkeit zu erfahren. Für Menschen die auf diese Weise ihre schwindende politische Wirkmächtigkeit erfahren, ist Demokratie möglicherweise irgendwann kein attraktives politisches System mehr.

Wenn ich die Entwicklung der Hamburger Stadtviertel und ihre wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnisse untereinander beobachte, dann verdichtet sich bei mir der Eindruck, dass ich hier im Kleinen sehe, was sich auch in der einen großen Welt unter dem Stichwort Globalisierung beobachten lässt. Ob sich allerdings die beschriebene wachsende Ungleichheit ausschließlich durch Globalisierungseffekte erklären lässt, da bin ich skeptisch. Wenn das so wäre, müsste sich die in Deutschland erkennbare Ungleichheit auch im gleichen Maß in unseren Nachbarländern ablesen lassen. Da das nicht der Fall ist, scheint es sich hier auch um wesentliche Folgen spezifisch deutscher Wirtschafts- und Sozialpolitik zu handeln. Das ist insofern eine gute Nachricht, als wir nicht darauf warten müssen, dass sich globale Verhältnisse ändern. Wir sind nicht einfach Opfer großer nur sehr schwer zu beeinflussender Bewegungen, sondern wir haben nutzbare Spielräume wie unsere Gesellschaft auf Globalisierung reagieren will.

„Arme habt ihr allezeit!“ Mit dieser Aussage Jesu habe ich meinen kleinen Vortrag begonnen. Ich habe dann in der Folge

nur über relative Armut gesprochen, weil sich hier das Thema wachsende Ungleichheit besser ablesen lässt. Erlauben Sie mir aber zum Schluss noch einen Blick auf jene Menschen in unserer Gesellschaft zu werfen, die immer „durchrutschen“, auch in diesem Vortrag bisher: Wir haben es in Hamburg auch mit wachsender absoluter Armut zu tun. Zum Beispiel mit einer großen Zahl von Obdachlosen, vor allem Migranten aus den östlichen EU Ländern, die hier nach Arbeit suchen und scheitern. Dass diesen Menschen nun „geraten“ wird die Innenstadt zu verlassen um ständigen Polizeikontrollen zu entgehen bzw. vielmehr um den G20 nicht zu stören oder die Berichterstattung darüber nicht zu beeinträchtigen ist wohl das denkbar stärkste - und vor allem ein erschreckendes Symbol für Ungleichheit und Verdrängung in unserer schönen Stadt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*Es gilt das gesprochene Wort.*